



DGB

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE.

Für eine solidarische
Krankenversicherung der Zukunft.

**AKTIONSBÜNDNIS
KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE**
FÜR MEHR SOLIDARITÄT IM GESUNDHEITSWESEN
EINE INITIATIVE DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES





Die Gesetzliche Krankenversicherung. Gut, sicher, finanzierbar – für alle.

Wer kennt das nicht: Ein plötzlicher Unfall, eine unerwartet schlimme Diagnose – Notarzt, Operation, Krankenhaus. Der wahre Wert der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zeigt sich vor allem in Situationen, wo Not abgewendet wird. Dabei gewährleistet die solidarische Finanzierung, dass die Versicherten nicht überfordert werden. Nicht umsonst wird das deutsche Gesundheitssystem in aller Welt geschätzt.

**Die GKV ist
sicher ...**

Doch es läuft nicht alles glatt: Leider wurde die GKV in den letzten Jahren politisch hauptsächlich in Zehntelprozentpunkten gehandelt. Die Folge: Die Belastungen für die Versicherten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen – durch Praxisgebühren, Zuzahlungen, den Arbeitnehmer-Sonderbeitrag von 0,9 % oder die aktuell drohenden Zusatzbeiträge. Der Anteil der Arbeitgeber an den tatsächlichen Gesundheitsausgaben ist dadurch auf 38 % geschrumpft.

**... aber vieles
ist ungerecht.**

Gleichzeitig erleben Kassenpatienten tagtäglich Benachteiligungen gegenüber Privatpatienten. Die Trennung zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung führt auch dazu, dass sich ausgerechnet diejenigen mit sehr hohen Einkommen der Solidarität entziehen können. Der viel zitierte Bankdirektor unterstützt zum Beispiel die Sachbearbeiterin schon heute nicht – er kann sich privat versichern.

Es gibt also großen Reformbedarf.

Die Bundesregierung hat bislang keine Lösungsansätze für eine gerechte Lastenverteilung oder mehr Qualität und Transparenz in der Versorgung erkennen lassen. Im Gegenteil: Sie plant die Einführung der Kopfpauschale in der GKV. Was dies bedeutet, lässt die Diskussion um die Zusatzbeiträge erahnen. Wir klären auf.

**Reformen
sind nötig.**

Zusatzbeiträge – Sprungbrett zur Kopfpauschale?

Gewarnt wurde lange – nun ist der Aufschrei groß. Die Ankündigung mehrerer großer Krankenkassen, Zusatzbeiträge von den Versicherten einzufordern, hat die Diskussion um die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung neu entfacht. Gesundheitsminister Rösler versucht, die Einführung der Zusatzbeiträge als Sprungbrett für seine Pläne zu einem Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale zu nutzen. Die CSU geht auf Distanz – die Kanzlerin übt sich in Zurückhaltung. So uneinig die Koalition auch reagiert, so klar ist ihre Botschaft: Die Krankenkassen seien angeblich schuld an den ungeliebten Zusatzbeiträgen.

Doch das ist falsch. Die Zusatzbeiträge sind Ergebnis der Politik – und damit in der Verantwortung der Bundesregierung.

Die FDP will die Zusatzbeiträge sogar ausweiten. Sie will die Arbeitgeberbeiträge einfrieren und eine vollständige Umstellung auf Kopfpauschalen – also die Zusatzbeiträge in Großformat.

**Krankenkassen
werden zu
Zusatzbeiträgen
gezwungen.**

Der Gesundheitsfonds ist unterfinanziert – die Zusatzbeiträge müssen als Ventil zum Ausgleich von Defiziten herhalten. Die Zusatzbeiträge sind politisch hausgemacht und müssen auch von der Bundesregierung vermieden werden.

**Bündnis fordert
die Vermeidung
der Zusatz-
beiträge.**

Denn: Zusatzbeiträge sind nichts anderes als kleine Kopfpauschalen. Sie widersprechen dem Solidarprinzip und dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.



Pauschal ist ungerecht.

Neu ist an den Zusatzbeiträgen, dass sie pauschal erhoben werden können – als kleine Kopfpauschale. Dabei fällt schnell auf, wie ungerecht diese Kopfpauschalen sind: So ist es ein großer Unterschied, ob zum Beispiel eine Kassiererin oder ein sehr gut verdienender Filialleiter acht Euro zusätzlich im Monat draufzahlen muss. Die Kassiererin weiß schon jetzt kaum, wie sie über die Runden kommen soll.

Der Filialleiter dagegen kann die Zusatzbelastungen, die er im Zweifel kaum spürt, auch noch steuerlich absetzen.

Dazu kommt: Was ist mit Hartz-IV-Beziehern, deren Regelsatz ohnehin nicht zum Leben reicht? Das verbleibende Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung wird für 2010 auf 3,9 Milliarden Euro geschätzt. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, müssen die Versicherten diese Milliarden allein aufbringen – durch die Zusatzbeiträge.

Pauschale Beiträge belasten Versicherte mit geringen Einkommen besonders stark.

Die Arbeitgeber dagegen bleiben fein raus –
und zahlen nichts. Aus unserer Sicht:
Doppelt ungerecht.

**Arbeitgeber
bleiben fein raus.**

Nach den Plänen von Bundesgesundheitsminister
Rösler soll das Prinzip der pauschalen Zusatzbei-
träge in Zukunft auf Kopfpauschalen ausgeweitet
werden. Dafür will er einen „Sozialausgleich“
– der allerdings weit mehr Steuergelder verschlin-
gen würde als die im Jahr 2010 fehlenden vier
Milliarden.

Wenn ein Steuerausgleich für die kleine Kopf-
pauschale (Zusatzbeiträge) nicht möglich
gemacht wird – wie soll es da mit der großen
Kopfpauschale gehen?

LOT 1997

2013/06

Kommt die Kopfpauschale? Oder: Die Ruhe vor dem Sturm.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP sieht unter anderem vor, dass einkommensunabhängige Kopfpauschalen zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführt und die Arbeitgeberbeiträge gedeckelt werden sollen.

Im diesem Jahr soll eine Regierungskommission eingesetzt werden, die den Umstieg in einen solchen „Systemwechsel“ bis 2013 vorbereiten soll. Das Gesetzgebungsverfahren soll bereits Anfang 2011 abgeschlossen sein. Bis zur parlamentarischen Sommerpause bleibt jedoch die Ruhe vor dem großen Sturm. Auch wenn vieles noch unklar ist – zum Beispiel, wie der sogenannte Sozialausgleich überhaupt funktionieren soll –, so ist schon jetzt absehbar, welche Gefahren in den Regierungsplänen für die 70 Mio. Versicherten lauern:

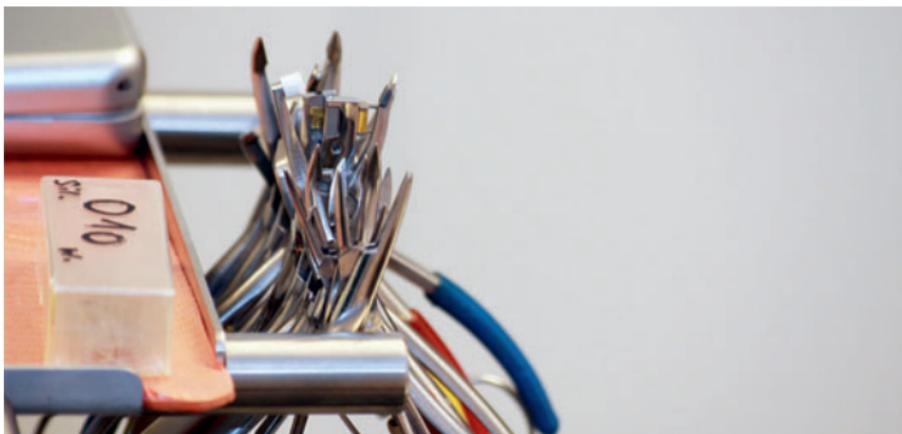
Es drohen hohe Belastungen, neue Abhängigkeiten und enorme Unsicherheiten.

**Regierungs-
kommission
bereitet Kopf-
pauschale vor.**

All dies ohne Grund. Denn das, was Bundesgesundheitsminister Rösler öffentlich einfordert – mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung –, lässt sich nur anders und besser erreichen, ganz sicher aber nicht mit der Kopfpauschale.

Der DGB bereitet sich auf eine ernste Auseinandersetzung vor und wird die Regierungspläne mit einer eigenen Reform-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ begleiten. Denn die Kopfpauschale ist nicht nur zutiefst ungerecht. Die Kopfpauschale ist eine Gefahr für die Gesundheitsversorgung.

DGB hat eine Reform-Kommission für ein solidarisches Gesundheitssystem eingerichtet.



„Sozialausgleich“: Was bedeutet das eigentlich?

Bisher können sich die GKV-Versicherten darauf verlassen, dass ihre Gesundheitsversorgung gesichert ist.

Durch die Kopfpauschale wäre die Sicherheit dahin.

Mit der einkommensunabhängigen Kopfpauschale will Schwarz-Gelb die seit Jahrzehnten funktionierende leistungsgerechte, solidarische Finanzierung umwandeln. Auch wenn dies, wie der Bundesgesundheitsminister erklärt, nur schrittweise geschehen soll, steht am Ende eine Kopfpauschale, die viele – vor allem Geringverdiener oder Rentnerinnen und Rentner – nicht aufbringen können. Krankenkassen sprechen von bis zu 60 % der Versicherten.

**60 %
der Versicherten
wären auf
staatliche Hilfen
angewiesen.**

Dazu kommt:

Die Pauschale wird schnell steigen, wenn die Beteiligung der Arbeitgeber an den Kostensteigerungen wegfällt. Damit wächst auch die Zahl derer, die auf staatliche Unterstützung für ihre Krankenversicherung angewiesen wären.

Schuldenberge, Defizite und leere Staatskassen. Wer soll den „Sozialausgleich“ bezahlen?

Bei einer Einführung der Kopfpauschale müssten Millionen Versicherte den von der Koalition geplanten „Sozialausgleich“ beantragen. Es droht also eine Art Bedürftigkeitsprüfung wie bei Hartz IV für die Krankenversicherung – kurz: Abhängigkeit von staatlichen Leistungen statt Solidarität, die über die Sozialversicherungen Schutz bietet.

**Es droht Hartz IV
in der Kranken-
versicherung.**

Doch wo soll das Geld eigentlich herkommen? Schließlich zahlen diejenigen, die entlastet werden, nicht plötzlich – oder „automatisch“ – höhere Steuern.

Außerdem: Allein im Jahr 2010 liegt die Netto-Neuverschuldung des Staates bei 85,8 Mrd. Euro. Die Städte und Kommunen beklagen ein 12-Mrd.-Euro-Loch, die GKV hat mit einem 4-Mrd.-Defizit zu kämpfen. Für die kommenden Jahre – Stichwort Schuldenbremse – sind bereits harte Einschnitte angekündigt. Ein „Sozialausgleich“ in zweistelliger Milliardenhöhe ist also unrealistisch.

**Geld für „Sozial-
ausgleich“ ist
nicht in Sicht.**

Die Kopfpauschale gefährdet Ihre Gesundheit.

Durch die Kopfpauschale würden der Gesetzlichen Krankenversicherung Milliarden Euro entzogen – ob, wann und wie es dafür je einen Ausgleich geben würde, steht jedoch in den Sternen. Damit steht die Finanzierung der Krankenversicherung für Millionen auf dem Spiel.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung schon bei der Bewältigung der aktuellen Krisenfolgen das Defizit des Gesundheitsfonds nur teilweise ausgleichen will, macht deutlich, was die Abhängigkeit von staatlichen Zuweisungen bedeutet.

Die Folge: Millionen Versicherte können ihre Kopfpauschale nicht zahlen – oder die Krankenkassen bekommen die nötigen Steuergelder nicht.

Dann ist zu befürchten, dass Leistungen gestrichen und privatisiert werden. Deshalb ist die Gesundheitsversorgung in Gefahr.

Die Krankenversicherung darf nicht am Tropf des Finanzministers hängen.



Die Kopfpauschale: Wer profitiert – wer verliert?

Gewinner der Kopfpauschale wären vor allem die Arbeitgeber. Sie müssten sich künftig nicht mehr an den Kostensteigerungen beteiligen – ihr ohnehin reduzierter Beitrag wäre eingefroren. Dabei ist es gerade die Arbeit, die viele Beschäftigte krank macht und hohe Kosten verursacht: So werden die Krankenkassen durch arbeitsbedingte Erkrankungen der Beschäftigten mit 15 Mrd. Euro pro Jahr belastet. Mehr Prävention ist also nötig, doch genau das wird durch die Kopfpauschale nicht erreicht.

Verlierer sind die meisten versicherten Beschäftigten sowie Rentnerinnen und Rentner. Selbst Gutverdienern innerhalb der GKV, die im ersten Schritt wahrscheinlich noch geringere Pauschalen zahlen müssten, droht eine Belastungswelle. Denn die Kopfpauschale wird schnell anwachsen. Zusätzlich drohen Steuererhöhungen.

**Arbeitgeber
würden gewinnen.**

**Verlierer wären
die 70 Mio.
Versicherten –
vor allem Gering-
verdiener sowie
Rentnerinnen und
Rentner.**

Mehr Netto vom Brutto? Durch die Kopfpauschale wird dieses Versprechen schnell zum Albtraum. Wenn die Arbeitgeber aus der Verantwortung gelassen werden, bleibt es auf lange Sicht bei weniger Netto für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Oder es droht eine Privatisierungswelle, die letztlich zum gleichen Ergebnis führt und die/den Einzelnen im Krankheitsfall besonders hart trifft.

Steuererhöhungen drohen.

Die Kopfpauschale ist also letztlich eine Umverteilungsmaschine zu Gunsten der Arbeitgeber und der privilegierten Oberschicht.



Sicherer, gerechter, solidarischer: Das geht nur ohne Kopfpauschale.

Der Bundesgesundheitsminister erklärt, er wolle das Gesundheitssystem gerechter gestalten. Seine Idee: Es sei gerechter, wenn alle Bürgerinnen und Bürger über das Steuersystem an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligt werden. Das Problem: Ein „Sozialausgleich“ mit Kopfpauschale bedeutet nicht etwa, dass die GKV gerechter finanziert würde. Im Gegenteil: Der „Sozialausgleich“ wäre deshalb nötig, weil die Besserverdiener und vor allem die Arbeitgeber in Zukunft weniger zahlen, Millionen Versicherte aber die Kopfpauschale nicht aufbringen können. Mit der Kopfpauschale wird der funktionierende Solidarausgleich weiter ausgehöhlt – der GKV werden Milliarden entzogen. Es werden neue Finanzlöcher gerissen, die dann über Steuermittel gestopft werden müssten.

Für mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen können wir keine Kopfpauschale gebrauchen. Es geht besser – und das auch noch einfacher: Wenn die Bundesregierung hohe Kapitaleinkünfte über Steuern in die Finanzierung der GKV einbeziehen würde, würden auch diejenigen, die über hohe

Zusatzbeiträge vermeiden.

Sonderbeitrag paritätisch finanzieren.

Praxisgebühr abschaffen.

Zuzahlungen begrenzen.

Hohe Kapitaleinkünfte einbeziehen.

Einkünfte verfügen, das Solidarsystem stärken.
Der Unterschied zur Kopfpauschale: Die Steuerzuschüsse können die Belastungen für alle senken.
Ein Hartz-IV-ähnlicher Sozialausgleich bleibt den Versicherten erspart.

Gerechter wäre auch, wenn die Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag zahlen wie die Beschäftigten. Es gibt nämlich keinen Grund für ermäßigte Arbeitgeberbeiträge. Im Gegenteil: Ohne ein finanzielles Interesse der Arbeitgeber an stabilen Beiträgen würden die Gesundheitsausgaben noch sehr viel schneller steigen.

Noch gerechter wird es dann, wenn die PKV in den Finanzausgleich einbezogen wird. Zwangskunden der PKV, wie die Beamten, sollten die freie Wahl haben, in die GKV zu wechseln – dafür müssen die öffentlichen Arbeitgeber endlich auch die entsprechenden Beiträge zahlen.

**PKV in den
Finanzausgleich
einbeziehen.**

Aktionsbündnis

Das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ engagiert sich für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft. Machen Sie mit.



Alle Informationen finden Sie unter:

www.stoppauschale.de

Kontakt

DGB-Bundesvorstand | Bereich Sozialpolitik |

Oliver Suchy | heike.ruppender@dgb.de



Impressum:

Herausgegeben vom DGB Bundesvorstand, Vorstandsbereich Annelie Buntenbach,
Bereich Sozialpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin;

Fotos: Jana Stritzke, Berlin; Gestaltung: Hansen Kommunikation Collier GmbH, Köln